

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Berufseinsteiger besser schützen - (Schein-)Praktika wirksam unterbinden

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

Praktika, die während der Schulzeit, der Ausbildung oder des Studiums stattfinden, Teil eines Studien- oder Ausbildungsplanes sind und damit der Berufsorientierung dienen, können zur Vorbereitung auf den Berufseinstieg hilfreich sein. Dagegen sind Praktika nach Abschluss von Studium und Ausbildung im Gesamtkontext eines insgesamt immer prekärer werdenden Berufseinstiegs zu sehen. Oft handelt es sich nicht mehr um ein Lernverhältnis sondern um verdeckte, reguläre Beschäftigung.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in geeigneter Form initiativ zu werden und

- Zahlen, Daten und Fakten zur aktuellen Situation von Praktikantinnen und Praktikanten nach abgeschlossenem Studium bzw. abgeschlossener Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern zu erheben und dem Landtag einen entsprechenden Sachstandsbericht vorzulegen,
- sich dafür einzusetzen, dass Praktika gesetzlich als Lernverhältnis definiert werden, um sie besser von regulären Beschäftigungsverhältnissen abgrenzen zu können,
- Praktika, die nicht integraler Ausbildungsbestandteil sind, zeitlich auf max. 3 Monate zu begrenzen, um der Gefahr einer Verdrängung regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung entgegenzuwirken,
- das Recht auf einen schriftlichen Praktikumsvertrag gesetzlich festzuschreiben,
- Praktika in Unternehmen und Verwaltungen nach Ausbildungs- und Studienabschluss durch Trainee- und Berufseinstiegsprogramme abzulösen, die - sofern tarifliche Regelungen nicht existieren - mit einem Mindestlohn vergütet werden.

Begründung:

Praktika können ein sinnvolles Instrument sein, wenn es darum geht, jungen Menschen erste, praktische Erfahrungen im Berufsleben zu vermitteln sowie ihre Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse im Rahmen der Berufsausbildung oder des Studiums zu vertiefen. Richtig angewendet dienen sie der Berufsorientierung und Qualifizierung.

Kritischer zu sehen sind dagegen Absolventenpraktika nach der Berufsausbildung oder dem Studium. Je länger sie dauern, desto größer ist die Gefahr der Verzögerung des Berufseinstiegs und des Einsatzes als billige Arbeitskraft anstelle einer regulär, sozialversicherungspflichtig-beschäftigten Arbeitnehmerin bzw. eines Arbeitnehmers.

Studentinnen und Studenten absolvieren nach Erhebungen des DGB bereits während ihres Studiums durchschnittlich vier Praktika. Trotzdem schafft eine nicht unbeträchtliche Anzahl den Berufseinstieg offenbar nur mit Hilfe weiterer auf den Studienabschluss folgender Praktika.

Dadurch wird immer dann reguläre Beschäftigung ersetzt, wenn die Befragten voll in den Arbeitsablauf ihres Praktikumsbetriebes integriert sind und entsprechende Erwartungen an ihre Arbeitsergebnisse gestellt werden. Daher sollten Praktika als Lernverhältnisse definiert, ein Recht auf einen Praktikumsvertrag eingeführt und die Dauer eines Praktikums nach dem Abschluss von Ausbildung oder Studium zeitlich begrenzt werden.

Um insbesondere Absolventinnen und Absolventen eine echte Beschäftigungsperspektive zu eröffnen, sollten perspektivisch Berufseinstiegsprogramme, wie Traineeships oder Volontariate, mit entsprechenden Konditionen Praktika ablösen.

Allgemein ist die Datenlage zum Thema Praktika unübersichtlich. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlichte zuletzt im Mai 2008 die Ergebnisse einer repräsentativen Studie, nach der etwa 20 Prozent der jungen Erwachsenen nach Abschluss von Ausbildung und Studium ein oder mehrere Praktika absolvierten. Hochgerechnet entsprach dies ca. 1,9 Millionen Personen deutschlandweit. Tendenziell ging man von einer Zunahme in den Folgejahren aus. Die aktuelle Bundesregierung sah für weitergehende Untersuchungen keinen Handlungsbedarf und verwies stattdessen auf ein Informationsdefizit zum Thema Praktikum.

Da diese Entwicklung im Kontext eines insgesamt unsicheren, weil oft prekären Berufseinstiegs zu sehen ist und dies in der Perspektive ein Wettbewerbsnachteil im Kampf um die Fachkräfte von morgen darstellt, sollte die Lage in Mecklenburg-Vorpommern gesondert evaluiert werden.